

Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlung des Gemeinderates der Stadt Waghäusel vom 08.05.2006

7. BEITRITT DER STADT WAGHÄUSEL ZUR „GENTECHNIKFREIEN REGION MITTLERER OBERRHEIN“

Diese Angelegenheit war bereits zur Beratung auf der Sitzung des Gemeinderates am 03.04.2006 vorgesehen und wurde seinerzeit aber wegen Krankheit des zuständigen Mitarbeiters im Rathaus zurückgezogen.

Bürgermeister Walter Heiler leitete in das Thema ein, wie in Anlage 2 dieser Niederschrift dargestellt.

In anderen Gemeinden, so der Vorsitzende, habe es zu diesem Thema bereits erhebliche Diskussionen gegeben, weshalb er es für angebracht gehalten habe, es auf die Tagesordnung zu nehmen, bevor es auch in Waghäusel in der Bevölkerung hier zu Diskussionen komme.

Die gentechnikfreie Region Mittlerer Oberrhein bestehe nun schon seit dem 26. April 2005. Als erste politische Gemeinden seien die Stadt Rheinstetten, Waldbronn und Karlsbad beigetreten. Sicher könne man dieses Thema kontrovers diskutieren, persönlich aber sehe er nicht ein, dass Waghäusel Versuchsstandort werde für eine Technik, die nicht nachweisbar gut sei.

Die Verwaltung spreche daher folgende Empfehlungen aus:

1. Die Stadt Waghäusel tritt der gentechnikfreien Region Mittlerer Oberrhein bei.
2. Der Anbau von gentechnikveränderten Pflanzen auf städtischen Flächen wird grundsätzlich untersagt. Bei der Neuverpachtung bzw. Verlängerung bestehender Pachtverträge wird ein entsprechender Passus in die Verträge aufgenommen.
3. Die Stadt Waghäusel empfiehlt, alle auf dem Stadtgebiet wirtschaftenden Landwirten der gentechnikfreien Region Mittlerer Oberrhein beizutreten und sich zu verpflichten, keine gentechnikveränderten Pflanzen anzubauen.

Gerhard Sand, der zuständige Mitarbeiter in der Verwaltung habe die Waghäuseler Landwirte kontaktiert. Alle würden sich dafür aussprechen, der gentechnikfreien Region beizutreten.

Stadtrat Uli Roß trug im Namen der CDU/JL-Fraktion vor, dass man den Antrag der Verwaltung nicht ablehnen wolle. Allerdings sei es wichtig, deutlich zu machen, dass Waghäusel im Falle eines Beitrittes keineswegs gentechnikfrei sei. Er verwies hierbei auf Veröffentlichungen in der Presse und Beschlüsse der Gesetzgeber.

In der Vorberatung innerhalb der Fraktion habe es rege Diskussionen gegeben und es seien auch die Chancen der Gentechnik angesprochen worden; etwa die Möglichkeit auf Schädlingsbekämpfungsmittel verzichten zu können. Man verstehe die Bedenken der Bevölkerung und werde sich daher der Stimme enthalten.

Bürgermeister Heiler machte deutlich, dass man nie die Behauptung aufgestellt habe, dass Waghäusel damit gentechnikfrei sei. Es gehe hier lediglich um ein deutliches Signal und darum, dass der Gemeinderat das tue, was ihm möglich sei.

Stadtrat Herbert Sand erklärte, dass die SPD-Fraktion ohne Wenn und Aber hinter dem Vorschlag der Verwaltung stehe. Zu den Ausführungen von Stadtrat Uli Roß merkte er an, dass wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt hätten, dass der Eingriff in die Genstruktur unerwartete und zum Teil auch unerwünschte Auswirkungen haben könne. Vor diesem Hintergrund könne man nicht einfach sagen, die Gentechnik habe auch Positives und müsse eben nur noch mehr erforscht werden. Man habe derzeit schon ausreichend Erkenntnisse, die davor abschrecken sollten, hier weiter zu machen. Einer der Trugschlüsse sei beispielsweise, dass Pestizide künftig überflüssig seien. Schließlich habe man z.B. auch beobachtet, dass heimische Schmetterlinge beim Kontakt mit Genmais zu 50 % eingehen würden. Damit sei auch die Artenvielfalt gefährdet. Wenn man nun wisse, dass etwa Rapspollen rund 26 km weit fliegen würden, müsse man eine größtmögliche Fläche schaffen, in der Gentechnik nicht möglich sei.

Stadtrat Klaus Vogel stellte fest, dass das Thema Gentechnik noch nicht ausgegoren sei. Man könne Stunden und Tage diskutieren, ohne zum Ergebnis zu kommen. Seitens der Freien Wähler befürchte man, dass sich hier der Kommerz zu sehr durchsetze, weshalb man der Auffassung sei, dass man rechtzeitig einen Pflog setzen müsse.

Man stimme daher dem Antrag der Verwaltung zu.

In der anschließend vorgenommenen Abstimmung sprachen sich 11 Mitglieder des Gemeinderates für den Antrag der Verwaltung aus. Die übrigen Mitglieder des Gemeinderates enthielten sich der Stimme.